

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 12.06.2018

Von Stephan Kimmerle, Seattle

13.06.2018

Zerrissene Familien

Washingtons »Null Toleranz«-Politik gegenüber illegal Einreisenden nimmt Eltern ihre Kinder



Einwanderer aus Mexiko haben sich gleich nach ihrem Grenzübertritt bei Soldaten gemeldet. Sie warten darauf, in die Nähe der Stadt McAllen in Texas gebracht werden. (2.4.2018)

Foto: Loren Elliott/Reuters

Es ist eine Tragödie. »Die Mütter wissen seit Wochen nicht, wo ihre Kinder sind«, klagte Angélica Cházaro gegenüber *junge Welt*. Die Aktivistin für Immigrantenrechte bezieht sich auf die mehr als 200 Frauen, die allein im US-Bundesgefängnis SeaTac in der Nähe

des Flughafens Seattle-Tacoma, gefangengehalten werden. Ihr Verbrechen: Sie haben Mitte Mai von Mexiko aus die Grenze zu den USA überschritten. Viele von ihnen kamen mit ihren Kindern. Nachdem die meisten sich unmittelbar nach Grenzübertritt bei den Behörden gemeldet und Asylanträge gestellt hatten, wurden sie von ihren Kindern getrennt und inhaftiert.

Seit 7. Mai gilt eine von US-Präsident Donald Trump und dessen Justizminister, Jefferson Sessions, verordnete »Null Toleranz«-Politik gegenüber illegal Einreisenden. Sie werden wie Kriminelle festgesetzt und von ihren Familien separiert, selbst wenn sie unmittelbar Asyl beantragen. Die Nachrichtenagentur *Reuters* berichtete am 8. Juni erstmals und noch unvollständig über die Bilanz dieses Vorgehens. So seien bereits vor dem verschärften Vorgehen der Regierung zwischen Oktober 2016 und Februar diesen Jahres beinahe 1.800 Einwandererfamilien an der Grenze von Mexiko zu den USA auseinandergerissen worden. Nun habe ein offizieller Vertreter der Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) letzten Monat gegenüber dem US-Kongress ausgesagt, so *Reuters*, dass allein zwischen dem 6. und 19. Mai 658 Kinder von ihren Eltern getrennt worden seien.

Cházaro und ihre Organisation gegen Abschiebungen, »Northwest Detention Center Resistance«, steht im Kontakt mit Inhaftierten. Sie berichtet, wie die Frauen ihre Kinder zuletzt nach ihrem Grenzübertritt in Texas gesehen haben und später allein in den Nordwesten der USA geflogen wurden. Auch im Nordwesten sind die Abschiebegefängnisse dank Donald Trump überfüllt. Doch im Bundesgefängnis in SeaTac, das sonst hauptsächlich Angeklagten in Untersuchungshaft vorbehalten bleibt, gab es noch freie Kapazitäten. Bundesweit füllen sich die Haftanstalten, die schon vor Trumps Amtsantritt voll waren, weiter. »Selbst die Anwälte wissen nichts über den Aufenthaltsort der Kinder«, führt Cházaro aus. Im benachbarten US-Bundesstaat Oregon befinden sich rund einhundert Männer, unter ihnen zahlreiche Väter, in einer ähnlichen Situation, so die Aktivistin.

Rund tausend Menschen haben sich am Samstag vor dem Gefängnis in SeaTac eingefunden. Bundesweit regt sich – angetrieben von Latino- und Bürgerrechtsorganisationen – Widerstand. Maru Mora Villalpando, selbst von Abschiebung bedroht, ruft den Demonstrierenden in SeaTac zu: »Wir wollen die US-Staatsangehörigkeit. Aber wir wissen natürlich auch, wie schwarze und braune Menschen mit dieser Staatsangehörigkeit behandelt werden«. Auch das müsse sich radikal ändern.

Die von ihren Eltern getrennten Kinder werden als »unbegleitete Minderjährige« betrachtet und der Obhut des Gesundheitsministeriums unterstellt. Sie landen bei

Pflegeeltern oder in Heimen. Bereits Ende April hatte allerdings eben jenes Gesundheitsministerium eingeräumt, dass es »nicht in der Lage sei, mit Sicherheit den Verbleib von 1.475 unbegleiteten Ausländerkindern zu bestimmen«. Das sagte Steven Wagner von der Behörde gegenüber dem US-Kongress. Es geht hierbei vor allem um Kinder aus Honduras, El Salvador und Guatemala, die allein, also ohne Eltern, in den USA angekommen waren. Ihr Verbleib ist nach wie vor ungewiss.

Bezüglich der an der Grenze zerrissenen Familien dokumentierte die Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union, wie sich selbst nach der Freilassung der Eltern eine Wiedervereinigung der Familien über Monate hinziehen kann. Die Zeitung *Houston Chronicle* berichtete am 24. Mai von der Abschiebung eines Vaters nach Guatemala, ohne seinen 18 Monate alten Nachwuchs. Sein Kind sei »irgendwo in Texas«, so ein Vertreter der Behörden. Der *Chronicle* zitierte den Vater: »Ich weinte. Ich bettelte. Niemand konnte mir irgendetwas sagen.«

In Reden in Scottsdale in Arizona und in San Diego in Kalifornien rechtfertigte Jefferson Sessions, Trumps Justizminister, Ende Mai das Vorgehen laut *Washington Post* so: »Wenn du nicht willst, dass dein Kind von dir getrennt wird, dann bring es nicht illegal über die Grenze. Es ist nicht unsere Schuld, wenn jemand das macht.«